

Parlamentarische Konferenz Cybersicherheit, Datenschutz, künstliche Intelligenz: Was sind die Herausforderungen für Europa?

Von dem französischen Senat, dem deutschen
Bundesrat und dem polnischen Senat organisiert

Donnerstag, 20. Juni 2019

Inhaltsverzeichnis

ERÖFFNUNGSREDEN	2
Herr Jean BIZET	2
Senator des Département der Manche, Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Senats	2
Frau Catherine MORIN-DESAILLY	5
Senatorin des Départements Seine-Maritime, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Bildung und Kommunikation.	5
Cybersicherheit, Datenschutz, Manipulation: Vergleichende Ansätze in Deutschland, Frankreich und Polen	8
Runder Tisch moderiert von Bernard BENHAMOU, Generalsekretär des Instituts für digitale Souveränität.	8
I) Vorbemerkungen	8
II) Überblick der Risiken im Bereich der Cybersicherheit	9
III) Sensibilisierung der Nutzer zu Risiken im Bereich der Cybersicherheit	10
IV) Vorbereitung der europäischen Staaten auf die Risiken im Bereich der Cybersicherheit	11
V) Europas wünschenswerte Vorgehensweise im 5G-Bereich	13
VI) Europas offensive Fähigkeiten in potenziellen Cyberkriegen	15
VII) Die Rolle der Europäischen Union im Bereich der Cybersicherheit	17

Künstliche Intelligenz: Was sind die ethischen, industriellen und politischen Herausforderungen?	19
Runder Tisch moderiert von Bernard BENHAMOU, Generalsekretär des Instituts für digitale Souveränität.	
I) Die Notwendigkeit, eine für Europa spezifische ethische Strategie festzulegen.	19
II) Förderung einer demokratischen Debatte über die künstliche Intelligenz	20
III) Die Aussicht auf eine ethische Definition speziell für Europa	21
IV) Die Transparenzfrage angesichts der Algorithmenhersteller	22
V) Europas Schwachstellen bei der künstlichen Intelligenz	24
VI) Die Umsetzung einer Talentförderungs politik	26
Abschluss: Was sind die Antworten der Europäischen Union?	28
Herr Jean BIZET	
Senator des Département der Manche, Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Senats	

Eröffnungsreden

Herr Jean BIZET

Senator des Département der Manche, Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Senats

Frau Präsidentin,
Meine Herren Präsidenten,
Herr Generalsekretär,
Herr Generaldirektor
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Meine Damen und Herren,

Es ist mir eine große Freude, Sie heute Morgen im Palais du Luxembourg zu dieser parlamentarischen Konferenz begrüßen zu dürfen, die die zweiten Kammern Deutschlands, Polens und Frankreichs zusammenbringt.

Im Rahmen der parlamentarischen Dimension des „Weimarer Dreiecks“ haben der französische Senat, der deutsche Bundesrat und der polnische Senat beschlossen, eine Reihe von drei parlamentarischen Konferenzen zu den digitalen Herausforderungen zu organisieren. Am 4. Dezember 2017 fand in Warschau eine erste Konferenz zur Bekämpfung von Hasstiraden im Internet und zur Cybersicherheit statt. Am 22. Oktober 2018 fand in Berlin eine zweite Konferenz zum Thema Kampf gegen gefälschte Nachrichten statt.

Der französische Senat freut sich sehr, heute die dritte Konferenz mit dem Titel „Cybersicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz: Was sind die Herausforderungen für Europa?“ auszurichten.

Ich freue mich, dass der Rahmen so gestaltet wurde: Zuerst, weil er uns auffordert, die technologischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Internets, der Verbreitung von Daten und dem Fortschritt der künstlichen Intelligenz mit den politischen Herausforderungen der Sicherheit und des Schutzes, die den Eintritt in diese neue technologische Ära begleiten, zusammenzulegen. Anschließend, weil das Thema die Frage sofort auf der geeigneten Ebene, nämlich der europäischen Ebene, aufwirft. Die künstliche Intelligenz, eine wahre industrielle Revolution, verändert unsere Wirtschaften und Gesellschaften grundlegend und wirft ethische Fragen auf, die das europäische Wertesystem als Ganzes in Frage stellen. Die Europäische Union verfügt heute über Dutzende von Milliarden angeschlossener digitaler Geräte, die anfällig für technische Ausfälle und Viren und Erzeuger von großen Datenmengen sind.

Sicherheitsmängel und mangelnde Transparenz der Algorithmen verursachen erhebliche Schäden für Unternehmen, sei es wirtschaftliche Schäden oder eine Rufschädigung, aber auch Schäden für Menschen, und werfen sensible Fragen im Hinblick auf die Haftung auf. Dazu gehören der Bug, der 1996 den Start der Ariane 5 zum Scheitern verurteilte, Teslas „Killer“-Autopilot, die Verwendung eines veralteten Betriebssystems, mit dem die Malware Petya solche Schäden am National Health Service anrichten konnte, oder das Ultraschall-Hacking von digitalen Assistenten, die alles im Smarthome steuern.

In diesem Rahmen ist eine multidimensionale europäische Antwort erforderlich. Ich würde sogar sagen, dass diese Antwort strategisch ist, in einem Kontext, in dem andere wichtige Akteure massiv auf diese neuen Technologien setzen.

Die Europäische Union scheint das Ausmaß erfasst zu haben, sowohl in Bezug auf die Cybersicherheit, die Gegenstand unseres ersten runden Tisches ist, als auch in Bezug auf die künstliche Intelligenz, die von unserem zweiten runden Tisch behandelt wird. So hat die Europäische Kommission im September 2017 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der

Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union im Bereich der Cybersicherheit vorgeschlagen. Das vor nur zwei Monaten verabschiedete europäische Gesetz zur Cybersicherheit schafft einen europäischen Rahmen für die Zertifizierung der Cybersicherheit und stärkt die Rolle der 2004 gegründeten Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit, ENISA.

Diese Verordnung, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar ist, ist ein entscheidender Schritt nach vorn für die strategische Autonomie Europas. Der französische Senat unterstützte sie mit einer europäischen Resolution vom Mai 2018, betonte aber gleichzeitig die Wichtigkeit der nationalen Agenturen für Cybersicherheit in dieser Souveränitätsfrage.

Im April 2018 schlug die Europäische Kommission dann einen koordinierten Ansatz mit den Mitgliedstaaten vor, um die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz optimal zu nutzen. Diese Strategie stützt sich auf drei Pfeilern: Stärkung der industriellen und technologischen Kapazitäten der Europäischen Union, Vorbereitung auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen durch die künstliche Intelligenz und Gewährleistung eines angemessenen ethischen und rechtlichen Rahmens, um ein Umfeld des Vertrauens und der Verantwortung für diese Technologie zu schaffen. Der Rat hat diesen Ansatz im Juni 2018 bestätigt.

Gleichzeitig trat am 28. Mai 2018 die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft, deren Entstehung sieben Jahre dauerte. Vier Jahre lang wurde diese europäische Verordnung ausgehandelt und wurde mit drei Zielen konzipiert: die Stärkung der Rechte des Einzelnen, die Verstärkung des Verantwortungsbewusstseins der Datenverarbeiter und die Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Regulierung durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Datenschutzbehörden. Dieser gesetzliche Rahmen, der die 28 nationalen Vorschriften ersetzt hat, stellt heute den weltweit höchsten Standard für den Schutz personenbezogener Daten im digitalen Zeitalter dar. Ich weise oft darauf hin, dass die Europäische Union auf ethischer Ebene einen Vorsprung hat, und wir können mit diesem Erfolg zufrieden sein.

Der Europa-Ausschuss des Senats der Französischen Republik hat sich an diesen Entwicklungen beteiligt: Seit dem 19. Oktober 2017 hat er eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit der Frage der künstlichen Intelligenz für die Europäische Union befasst. Diese Gruppe hat einen Bericht mit dem aussagekräftigen Titel „Künstliche Intelligenz: Die Dringlichkeit eines europäischen Bestrebens“ verfasst. Unser Kollege André Gattolin wird Ihnen die Ergebnisse im Rahmen des zweiten runden Tisches am Vormittag näher erläutern.

Aber ich möchte bereits jetzt seine wichtigste Schlussfolgerung hervorheben: Da sich die Europäische Union jetzt für einen juristischen Kampf zur Verbesserung der Cybersicherheit und des Datenschutzes gerüstet hat, muss sie sich gemeinsam mit den Mitgliedstaaten entschlossen für den Masseneinsatz der künstlichen Intelligenz einsetzen.

Die Europäische Union darf hier nicht fehlen. Sie verfügt über ein enormes Potenzial in Bezug auf Talente sowie Forschung und Entwicklung. Doch sie ruiniert dieses Potenzial vor unseren Augen: Wie kann es sein, dass sie die amerikanischen Digitalriesen erlaubt, ihre jungen innovativen Unternehmen aufzukaufen? Warum werden wichtige digitale öffentliche Aufträge, auch im Bildungsbereich, an US-amerikanische und außereuropäische Betreiber vergeben, die so ihre marktbeherrschenden Stellungen weiter festigen? Um die Verbreitung der europäischen Innovation im Bereich der künstlichen Intelligenz zu fördern, ist es von entscheidender Bedeutung, ihr Zugang zu einem Markt von ausreichender Größe zu verschaffen: Je mehr Daten gesammelt werden, desto perfektionierter wird das Erlernen von Algorithmen sein. Die Interoperabilität, die durch den Datentransfer zwischen den Betreibern gewährleistet wird, ist auch ein wesentliches Element für den Erfolg neuer Ökosysteme, zum Beispiel für den digitalen Gesundheitsbereich.

Europa entschlossen in den Wettbewerb um künstliche Intelligenz einzubinden bedeutet daher, alle Seiten zu mobilisieren. Um Europa die Kontrolle über sein Daten-Ökosystem zu geben und es in die Lage zu versetzen, alle erwarteten wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der künstlichen Intelligenz zu nutzen müssen mehrere Ansätze zu verfolgen:

Zum einen, Forschung und Entwicklung: Die Vorteile der Europäischen Union in diesem Bereich müssen weiter gestärkt werden, insbesondere im Rahmen der öffentlich-privaten Partnerschaft zur Cybersicherheit. Um so viel Geld aufzubringen ist diese Art von Rahmen unerlässlich.

Zum anderen, die Entwicklung eines Industriesektors, der eine stärkere Präsenz der Mitgliedstaaten und der europäischen digitalen Hersteller im Zertifizierungsprozess erfordert, um unsere Datenstandards und -formate durchzusetzen; dies erfordert auch eine Überprüfung der europäischen Wettbewerbsregeln, die zu den industriellen Ambitionen der Union beitragen und sie nicht behindern. Der Europa-Ausschuss des Senats hat übrigens zu diesem Thema viel Arbeit geleistet. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch China wissen, wie sie mit dem Arsenal der öffentlichen Unterstützung für ihre Champions umgehen müssen; die eigene Handelspolitik der Europäischen Union kann auch ein Hebel sein. Die Europäische Union sollte nicht davon absehen, sich durch die Inanspruchnahme der in Artikel XXI der WTO-Abkommen vorgesehenen Klausel zur Wahrung der nationalen Sicherheit zu schützen, da das Streitbeilegungsgremium kürzlich Gelegenheit hatte, seine Richtigkeit zu bestätigen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sich ebenfalls sehr für dieses Konzept interessiert.

Schließlich müssen wir auch bereit sein, den Preis für dieses Projekt zum Einsatz einer europäischen künstlichen Intelligenz, zu zahlen. Investitionen in Computerressourcen, die für künstliche Intelligenz bestimmt sind, müssen sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von der Europäischen Union getragen werden. Um den Rückstand zu den USA aufzuholen, die 2016 bereits 70% der weltweiten Investitionen in künstliche Intelligenz getätigt haben, will China bis 2025 59 Milliarden Euro investieren. Die Europäische Union muss die Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer Ambitionen schaffen, und das ist eine der Herausforderungen der laufenden Verhandlungen über ihren mehrjährigen Finanzrahmen. Der französische Senat hält es für notwendig, die künstliche Intelligenz als ein „Projekt von gemeinsamem europäischen Interesse“ zu behandeln, was es ermöglichen würde, die europäischen Akteure zusammenzubringen und die Investitionen auf eine höhere Stufe zu bringen. In diesem Zusammenhang habe ich gestern bei einem Treffen mit dem Minister für europäische Angelegenheiten die bescheidenen Investitionen in diesem Bereich, die nur 1,11 % ausmachen, bedauert, was angesichts der Herausforderungen eindeutig unzureichend ist.

Unter diesen Bedingungen werden wir in der Lage sein, der Welt ein glaubwürdiges Modell der künstlichen Intelligenz zu bieten, welches auf einer Datenschutzethik im Einklang mit unseren Werten basiert: Dieses europäische Modell kann für unsere digitalen Betreiber einen Wettbewerbsvorteil darstellen und sie von ihren chinesischen und sogar amerikanischen Konkurrenten unterscheiden. Aber diese vielversprechende Perspektive wird nur durch den Aufbau eines echten, auf künstliche Intelligenz ausgerichteten europäischen Industriesektor möglich und glaubwürdig sein. Dies erfordert einen klaren politischen Willen.

Eine deutsch-französische Zusammenarbeit zu diesem Thema hat bereits begonnen, und wir würden davon profitieren, wenn wir sie durch Kooperationen mit unseren polnischen Freunden ergänzen würden. Unsere drei Versammlungen können dahingehend einen wertvollen Impuls setzen. Ich hoffe, dass unsere Diskussionen heute Morgen uns davon überzeugen werden, für die Zukunft der Europäischen Union diese entscheidende Frage gemeinsam zu behandeln.

Ich habe mir die Freiheit genommen, ins Detail zu gehen, denn das Thema ist umfangreich. Ich übergebe das Wort meiner Kollegin Catherine Morin-Desailly, mit der ich eine gemeinsame Vision zu diesen Aspekten teile.

Frau Catherine MORIN-DESAILLY

Senatorin des Départements Seine-Maritime, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Bildung und Kommunikation.

Herr Vorsitzender des Europa-Ausschusses, lieber Jean Bizet,

Meine Damen und Herren,

Zunächst möchte ich unsere Kollegen aus Deutschland und Polen begrüßen, die sich mit uns über einige sehr wichtige Themen auseinandersetzen. Darüber hinaus begrüße ich auch alle, die an diesem Treffen teilnehmen.

Das heutige Thema lautet „Cybersicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz: Was sind die Herausforderungen für Europa“. Dieses Thema folgt einer ersten Konferenz in Warschau, die sich dem Kampf gegen Hassreden im Internet gewidmet hat, und einer zweiten Konferenz in Berlin zum Thema gefälschte Nachrichten, auch „Fake News“ genannt.

Das sind Themen, die wir im Senat sehr gut kennen, denn wir arbeiten schon lange an ihnen. Wir haben ihnen auch mehrere Diskussionen aufgrund von Gesetzesvorlagen gewidmet, die auf der Agenda der Regierung stehen.

Ich stelle fest, dass zwischen diesen drei Themen sowohl eine starke Kohärenz als auch eine natürliche Verbindung besteht.

Diese entsteht durch die Fragestellung nach unserer digitalen Souveränität. In der Tat steht genau dieses Thema auf dem Spiel. Die Herausforderung für uns besteht darin, nach den letzten Europawahlen endgültig aufzuwachen und vielleicht aus einer Form der Naivität oder düsterer Resignation herauszukommen, die darin bestünde, uns zu sagen, dass alles schon entschieden sei, dass wir das Zeitfenster möglicher Investitionen in diese neuen Technologien schon verpasst hätten. Es ist dringend notwendig, aufzuwachen, denn wir sind zu einer Kolonie der digitalen Welt geworden.

Paradoxerweise ist das Internet auf dieser Seite des Atlantiks geboren, aber wir waren in den 90er Jahren im Gegensatz zu den Amerikanern nicht in der Lage in neue Technologien zu investieren, und wir ließen die Amerikaner die Führung übernehmen.

Gleichzeitig haben die Russen und Chinesen auf der anderen Seite der Welt ihr eigenes Ökosystem in diesem Gebiet aufgebaut. Es ist daher an der Zeit, aus dieser Klemme herauszukommen, die uns zwischen einem ultraliberalen Modell hält, das manchmal auch als „Überwachungskapitalismus“ bezeichnet wird, und einem Modell der Autokratie nach dem Vorbild dessen, was in China mit dem Punktesystem aufgebaut wird, mit Technologien, die nur einer Elite dienen und mit der eine generalisierte Überwachung eingeführt wird.

Ich glaube, dass ein durch seine Werte gestärktes Europa ein anderes Modell entwickeln kann und muss, um ein Überleben des Internets zu ermöglichen, welches heute der Gefahr eines Vertrauensverlustes seitens aller Internetnutzer ausgesetzt ist. Internetnutzer, die sein Nutzen wegen allem was passiert zunehmend in Frage stellen.

Ich möchte deshalb an zwei Ereignisse erinnern, die unser Bewusstsein geweckt haben.

Zunächst enthüllte der Fall Snowden der Welt das von der NSA eingerichtete Hyperüberwachungssystem. Dann der Cambridge-Analytica-Skandal, der erst vor wenigen Monaten enthüllt wurde und der zeigt, dass wir in einen kalten Informationskrieg geraten sind.

Es ist daher an der Zeit zu reagieren, denn das Internet ist in der Tat zu einem globalen Schlachtfeld geworden, zu einer Welt der Hyperüberwachung und Schutzlosigkeit.

Wie Jean Bizet im Senat erwähnte, arbeiten wir seit langem an den Lösungen, die in einem gemeinsamen Informationsauftrag im Jahre 2015 erarbeitet wurden. Ziel war es, herauszufinden, was Europa in dieser globalen Steuerung des Internets beitragen könnte. Ich muss betonen, dass unsere damaligen Empfehlungen noch immer gültig sind, zumal all diese

Skandale die Dringlichkeit einer Reaktion untermauern.

Wir kamen zu dem Schluss, eine globale und offensive Strategie zu entwickeln, von der Jean Bizet die großen Linien bestimmte. Ich werde die Hauptmerkmale persönlich erläutern.

Zunächst einmal ist es unerlässlich, unsere Arbeit zum Datenschutz fortzusetzen. Natürlich gibt es die DSGVO, aber es hat Jahre gedauert, bis über sie abgestimmt wurde, ganz einfach wegen der Lobbyarbeit jenseits des Atlantiks, mit der Druck auf die europäischen Staats- und Regierungschefs ausgeübt wurde. Darüber hinaus gibt es durch das späte Inkrafttreten der DSGVO mehrere tote Winkel. Sie werden sich wahrscheinlich auch mit dem Thema Internet der Dinge befassen, insbesondere mit dem Thema künstliche Intelligenz, und Sie wissen, dass dieser Bereich boomt: Deshalb ist es dringend erforderlich, dass alle europäischen Staaten sich mit der Frage einer Zertifizierung befassen, die uns eine Garantie für unsere Sicherheit bietet. Daher ist die Frage des Datenschutzes nach wie vor von größter Bedeutung.

Auch steuerliche Maßnahmen müssen ergriffen werden. Wie mein Freund Bernard Benhamou jedoch öfters betont, kann die Besteuerung nicht das A und O einer Politik zugunsten der digitalen Souveränität sein. In der Tat müssen wir auch die Wettbewerbsregeln ändern.

Derzeitig erlauben es uns die Wettbewerbsregeln auf europäischer Ebene nicht, europäische Champions hervorzubringen. Schlimmer noch, durch diese Regeln werden unsere besten Talente und Start-ups nach und nach aufgekauft. Kurz gesagt, all jene, die uns helfen könnten, ein digitales System in Europa zu festigen, werden ausgeblutet.

Es müssen aber auch Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Ist es normal, dass es sieben Jahre gedauert hat, bis Google erfolgreich wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung verurteilt wurde? Die ergriffene Maßnahme war sicherlich mutig und ehrt Kommissarin Margrethe Vestager, aber war es nach der derzeitigen Gesetzgebung nicht möglich, Schutzmaßnahmen zu ergreifen? Unterdessen sind die Unternehmen, die unter diesem unlauteren Wettbewerb zu leiden hatten, verschwunden. Wir müssen darauf reagieren, indem wir unsere Wettbewerbsregeln ändern.

Auch die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr muss wieder an den Tag gelegt werden. Ich bekräftige, dass der beste Weg, um Fake News zu bekämpfen darin besteht, Plattformen, die heute weder verpflichtet noch für irgendetwas verantwortlich sind, endlich einen Status zu erteilen. Meiner Meinung nach wird dies eines der nächsten Projekte der Europäischen Kommission sein. Die französische Regierung beginnt endlich, darüber nachzudenken und diese Idee voranzutreiben. Ich sage es Ihnen, diese Idee ist wichtig und notwendig.

Gleichzeitig braucht Europa eine starke Industriepolitik in den Schlüssel- und Strategiebereichen Energie, Gesundheit und Umwelt, aber auch bei der Entwicklung kryptographischer Werkzeuge, die morgen zur Speerspitze der Uberisierung des Bankwesens und des Finanzsektors gehören werden.

Vor allem muss eine Kompetenzsteigerung der digitalen Fähigkeiten von allen stattfinden, denn ohne Ausbildung, ohne Bildung von Menschen aller Altersgruppen, von unseren Verwaltungen und unserer Politik werden wir nicht in der Lage sein, all diese Themen direkt anzugehen.

Bei einer ganzen Reihe von Themen müssen wir gemeinsam vorankommen, was auch einen sehr hohen Standard erfordert, wie unsere deutschen Freunde als Reaktion auf die Cambridge Analytica-Fälle und die „Mafiapraktiken“ von Facebook gezeigt haben. Ich habe keine Angst, diesen Begriff zu verwenden, genau wie mein britischer Amtskollege Damian Collins, der auch den Begriff „Gangster“ verwendet. Durch die Auswertung von Daten missbraucht Facebook, wie sich gezeigt hat, alles, was das geistige Eigentum betrifft. In Deutschland wurden Maßnahmen ergriffen, um die Zusammenführung von Daten von Facebook zu verbieten. Dies soll ermöglichen, die Internetnutzer besser zu schützen.

Ich glaube keine Sekunde lang an eine Selbstregulierung, die diese Plattformen jetzt mit der Hand auf dem Herzen in vermeintlicher Reue anbieten; ich glaube, dass ein größtmöglicher Anspruch gefordert und eine Unerbittlichkeit gezeigt werden muss, um ein Überleben des Internets durch eine gesetzliche Regelung sicherzustellen.

Jenseits des Atlantiks sprechen einige Ingenieure aus der Silicon Valley, darunter einer der Mitbegründer von Facebook, Chris Hughes, über die Notwendigkeit, diese Plattformen wieder abzubauen. Diese Plattformen haben sich auf hegemonische Weise ausgeweitet und bergen nun eine ernste Gefahr für unsere Demokratien, unsere Nationalstaaten. Außerdem untergraben sie alle Mittel der öffentlichen Ordnung, ohne dass etwas unternommen wird.

Die Lage ist ernst, wir müssen schnell aus einer Art der Gefälligkeit herauskommen. Ich bedaure, dass in Frankreich der rote Teppich für Mark Zuckerberg ausgerollt wird, der einfach kommt und sagt, dass die Plattformen sich selbst regulieren werden, ich glaube das keine Sekunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wie Sie sehen stehen wir an einem Scheideweg und es ist höchste Zeit, die Kontrolle über unser digitales Schicksal wieder zu übernehmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Cybersicherheit, Datenschutz, Manipulation: Vergleichende Ansätze in Deutschland, Frankreich und Polen

Runder Tisch moderiert von Bernard BENHAMOU, Generalsekretär des Instituts für digitale Souveränität.

In Anwesenheit von:

Herr Jean-Marie BOCKEL, Senator des Départements Haut-Rhin, ehemaliger Minister, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte,

Herr Philippe BONNECARRERE, Senator des Départements Tarn, Mitglied des Rechtsausschusses und des Europaausschusses,

Herr Olivier CADIC, Senator, Vertreter der Franzosen mit Wohnsitz außerhalb Frankreichs und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte,

Herr Rachel MAZUIR, Senator des Départements Ain, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte,

Herr Łukasz MIKOŁAJCZYK, Senator, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte, Strafverfolgung und Petitionen des polnischen Senats,

Herr Till STEFFEN, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundesrates, Deutschland,

Herr Kamil BASAJ, Safe Cybertrust Foundation, Polen,

Herr Christian DAVIOT, Strategieberater des Generaldirektors der Nationalen Agentur für Sicherheit der Informationssysteme (ANSSI), Premierminister,

Frau Frederike KALTHEUNER, Privacy International, Deutschland.

I) Vorbemerkungen

Bernard BENHAMOU

Frau Präsidentin,

Herr Präsident,

Meine Damen und Herren,

Liebe Gäste,

Es war mir eine große Freude, an der Organisation dieser Arbeit zu einem besonders interessanten und zentralen Thema für unsere Gesellschaften mitgewirkt zu haben. Frau Präsidentin, Sie haben die Dringlichkeit dieser Fragen angesprochen. Ich möchte eine Person im Raum zitieren, die vor zwanzig Jahren das „Mühsehligkeitsgefühl“ der Nutzer bei der Diskussion von Cybersicherheitsthemen betont hat.

Diese Themen sollten nicht auf diese Weise angegangen werden. Sie sind nämlich unabdinglich für den Schutz von was wir sind, sowohl auf der Ebene der Staaten als auch auf der Ebene des Einzelnen, weil sie unsere Infrastrukturen schützen, aber auch die Kommerzialisierung personenbezogener Daten verhindern. Diese Erwartungen stehen nun im Mittelpunkt der europäischen Werte. Die DSGVO ist ein Symbol für diesen Ansatz und wird im Ausland manchmal sogar beneidet.

Bei der Behandlung dieser Fragen müssen wir jedoch noch weitergehen. Die oben genannten Bedrohungen betreffen nämlich alle Staaten und gefährden unsere Demokratien.

Einige haben vielleicht die Fusion zwischen Facebook und WhatsApp erwähnt, um aufzuzeigen, dass die Europäische Kommission machtlos ist. Ich erinnere daran, dass es Europa bereits in der Vergangenheit gelungen ist, eine Fusion zwischen rein amerikanischen Unternehmen zu verhindern, wie z.B. die Fusion zwischen General Electric und Honeywell für Flugzeugturbinen.

Diese Fragen müssen pragmatisch angegangen werden, ohne sich vom Gefühl der Faszination gegenüber der Technologie ablenken zu lassen. Diese Fragen beschränken sich nämlich nicht nur auf den technologischen Bereich. Sie sind voll und ganz Teil unseres politischen Lebens, vor allem, wenn externe Angriffe unsere Demokratien destabilisieren wollen.

Angesichts dieser Bedrohung ist eine Reaktion erforderlich. Datenschutz und Cybersicherheit werden zu europäischen Werten, die sich zu Wettbewerbsvorteilen entwickeln können, wenn wir sie zur Entwicklung unserer technologischen Industrien nutzen können. Wir müssen daher aufhören, sie als Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung zu betrachten.

Frau Präsidentin, Sie haben auf die Spannung zwischen dem liberalen Modell, dem amerikanischen Laissez-faire-Modell und dem fast diktatorischen Modell Chinas hingewiesen, in dem jeder Einzelne Gefahr läuft, seine sozialen Rechte zu verlieren, wenn er von dem „richtigen Weg“, festgelegt von den chinesischen Behörden, abweicht. Unser Ziel muss es sein, einen dritten Weg zu schaffen, der als Grundlage für die Schaffung eines neuen Wirtschaftsmodells für Technologien dienen kann.

Eine der größten Herausforderungen der kommenden Zeit für Frankreich und Europa wird daher darin bestehen, die Entstehung dieses dritten Weges zu ermöglichen, der die Grundsätze und Werte der Europäer respektiert.

II) Überblick der Risiken im Bereich der Cybersicherheit

Bernard BENHAMOU

In dieser ersten Diskussionsrunde werden wir uns einen Überblick über die Risiken im Bereich der Cybersicherheit verschaffen. Wir beginnen unsere Tischarmfrage mit der Analyse von Herrn Christian Daviot, Berater bei der Nationalen Agentur für Sicherheit der Informationssysteme (ANSSI).

Christian DAVIOT

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich hier in meinem eigenen Namen spreche und nicht als Vertreter der ANSSI.

Wir alle kennen die Natur der bestehenden Bedrohungen. Sie werden massenweise geteilt und kommentiert. Ich möchte eine noch weitaus gefährlichere, politische Bedrohung erwähnen, die in allen drei heute vertretenen Ländern existiert. Frei nach Hannah Arendt, das Böse nistet sich in der Gedankenleere ein. Ich halte es dringend geboten, über die Definition bestimmter Konzepte nachzudenken, vor allem jetzt, im Aufbruch des internationalen Rechts. So hatten die Vereinten Nationen beispielsweise klargestellt, dass das internationale Recht auch für den digitalen Raum gilt. Dieser Raum wird jedoch nicht weiter definiert. Europa kann nicht auf diese Reflexion verzichten, da sie eine notwendige Voraussetzung für jede Definition eines dritten Weges ist.

Meiner Meinung nach besteht die Bedrohung darin, diese Begriffe nicht zu definieren. Dazu müssen Parlamentarier und alle zivilgesellschaftlichen Akteure mit Experten zusammenarbeiten, um für diese Konzepte einen klaren Rahmen zu schaffen. **Die größte Gefahr besteht darin, dass derzeit niemand in diese Richtung hinarbeitet.**

Bernard BENHAMOU

Wie werden diese Bedrohungen in Deutschland wahrgenommen?

Till STEFFEN

Bedrohungen kommen aus sehr unterschiedlichen Richtungen und das Risiko besteht darin, nur einen Teil davon zu berücksichtigen. Jemand erwähnte große Konzerne wie z.B. Facebook, der aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht mitunter als eine Organisation mit kriminellen Methoden behandelt werden muss. Ich halte es daher für absolut notwendig, uns heute darüber auszutauschen.

Bernard BENHAMOU

Sprechen wir nun über die Sichtweise unserer polnischen Nachbarn in Bezug auf Cybersicherheit und Datenschutz.

Łukasz MIKOŁAJCZYK

Dies ist ein sehr wichtiges Thema. Cyberangriffe werden mit der Entwicklung von Bedrohungen zunehmen. Im täglichen Leben von uns allen, ob Bürger, Verwaltungen oder Unternehmen, wird die virtuelle Realität immer wichtiger und erhöht das Risiko von Angriffen und Manipulationen.

Eine weitere Bedrohung ergibt sich aus der Aufrüstung der operativen Fähigkeiten von terroristischen Organisationen. Unsere Priorität muss daher darin bestehen, unsere nationalen Reaktionskapazitäten zu stärken. Im zuständigen Ministerium in Polen wurde eine Arbeitsgruppe aufgestellt, die außerdem durch entsprechende Schulungen zum Thema Desinformation unterstützt wird. Schließlich haben wir eine Website eingerichtet, um die Bürger über diese Themen zu informieren.

III) Sensibilisierung der Nutzer zu Risiken im Bereich der Cybersicherheit

Bernard BENHAMOU

Inwieweit können die Nutzer am besten durch politische Rahmenmaßnahmen unterstützt werden?

Philippe BONNECARRERE

Bislang scheint es mir, dass die Bürger sich dieser Probleme nicht ausreichend bewusst sind. Die Situation sieht aus wie ein Rennen zwischen der digitalen Entwicklung auf der einen Seite und die Vervielfachung von verbundenen Objekten und Netzwerken auf der anderen.

Unsere verspätete Reaktion ist umso gefährlicher als das Risiko nicht physisch ist. In der digitalen Welt nehmen wir Gefahren nicht wahr, was die Bewusstseinsbildung umso schwieriger macht.

In Frankreich haben wir uns bei diesen Themen bisher auf den rechtlichen Bereich beschränkt. Dies führte zur Gründung der DSGVO, die später durch nationale Maßnahmen ergänzt wurde. Dieses Arsenal von Texten ist notwendig, aber es ist keine ausreichende Antwort.

Meiner Meinung nach müssen wir den Kampf der digitalen Kultur gewinnen. Dennoch stelle ich einige vielversprechende Elemente fest. So wird beispielsweise nächstes Jahr im Abitur ein digitales Wahlfach eingeführt. Die Lehrer müssen nur noch dafür geschult werden.

Diese Digitalkultur muss von klein auf gelehrt werden. Mein achtjähriger Enkel beherrscht den technischen Aspekt eines Mobiltelefons, weiß aber nichts über digitale Sicherheit. Die Digitalkultur muss daher sowohl aus technischer als auch aus sicherheitstechnischer Sicht verstanden werden.

Bernard BENHAMOU

Welche Maßnahmen zur Unterstützung der Bürger wurden in Deutschland ergriffen?

Frederike KALTHEUNER

Ich möchte betonen, dass der Nutzer in diesem Zusammenhang das schwächste Glied ist. Es geht also nicht darum, ihn für Sicherheitsprobleme zur Verantwortung zu ziehen. Im Dezember 2018 haben wir die beliebteste mobile Anwendung mit ihren zehn Millionen Nutzern analysiert. Beim Abschluss der Studie stellte sich heraus, dass über 60% der Daten geteilt wurden, was im völligen Widerspruch zur DSGVO steht.

Dieses Beispiel zeigt die Kluft zwischen dem, was die Europäische Union möchte, und dem tatsächlichen Sachverhalt. Darüber hinaus sind diese Fragen eng mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Tatsächlich können sich viele Anwender keine High-End-Geräte leisten. Indem sie billige Geräte verwenden sind sie Smartphones mit mehr Sicherheitslücken ausgesetzt.

Diese Probleme entziehen sich in der Regel dem Bewusstsein der Bürger.

Bernard BENHAMOU

Diese Fragen müssen in der Tat mit allen nationalen Regulierungsstellen diskutiert werden. Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es in Polen?

Kamil BASAJ

Der Bedarf an Bildung kann nie ganz befriedigt werden. Die digitale Welt wird mit rasanter Geschwindigkeit komplexer, sodass die benötigten Kompetenzen um sie zu meistern immer weiter zunehmen. Durch die zunehmende Nutzung vernetzter Systeme brauchen die Bürger eine Schulung zu den Risiken eines Missbrauchs dieser Werkzeuge. Der Staat muss angesichts dieser neuen Risiken seiner Verantwortung gerecht werden.

Da die Cybersicherheit jedoch eine grenzüberschreitende Dimension hat, müssen die Maßnahmen gemeinsam durchgeführt werden. Ebenso ist es notwendig, die Nutzer weiter auf diese Probleme hinzuweisen.

IV) Vorbereitung der europäischen Staaten auf die Risiken im Bereich der Cybersicherheit

Bernard BENHAMOU

Sie haben unterstrichen, dass die Angriffspotenziale noch in den Kinderschuhen stecken und dass ihre Ausbreitung mit der Entwicklung von verbundenen Objekten unaufhaltsam erscheint. Dies ist eine gute Gelegenheit, die Fähigkeit der europäischen Staaten, sich diesen Herausforderungen zu stellen, zu hinterfragen. Welche rechtlichen Entwicklungen sind möglich, um diese Bereiche zu regulieren?

Ich stelle auch fest, dass diese für die staatliche Souveränität ein echtes Problem darstellen. Um meinen Standpunkt zu veranschaulichen, möchte ich insbesondere die Einführung der neuen Währung von Facebook, Libra, erwähnen. Die Einführung einer Währung durch einen privaten Betreiber wirft viele Fragen auf.

Was meinen Sie, Rachel Mazuir?

Rachel MAZUIR

Ich stelle fest, dass wir alle Zweifel und Hoffnungen in Bezug auf diese Fragen haben. In Frankreich wurde die Notwendigkeit, diese Probleme anzugehen, schon 2008 im *Weißbuch der nationalen Verteidigung* angeführt und 2017 erneut bekräftigt. Die Nationale Agentur für

Sicherheit der Informationssysteme (ANSSI) wurde 2009 aufgestellt. Diese Agentur ist international anerkannt und ihre Aktivität hat stetig zugenommen.

Darüber hinaus verfügt Frankreich über einen starken ordnungspolitischen Rahmen, insbesondere im Bereich der Elektronik. Zum Beispiel wird für die Telekommunikationsbetreiber die Verpflichtung bestehen, bei der Aufdeckung von Angriffen mitzuwirken.

Die Einführung von 5G wirft neue Fragen auf. Um die digitale Sicherheit weiter zu gewährleisten, wird den Parlamentariern in wenigen Tagen ein Gesetzentwurf vorgelegt. Auf internationaler Ebene enthält er einige völlig neue Schwerpunkte.

Schließlich halte ich es für grundlegend, den Schutz der zusammengeschalteten Netze zu gewährleisten. Das Niveau der europäischen Cybersicherheit steht jedoch in direktem Zusammenhang mit dem Sicherheitsniveau jedes Staates. Daher ist es unerlässlich, Europa mit gemeinsamen Normen und Zielen auszustatten, um eine solide Grundlage für die Cybersicherheit in allen Mitgliedstaaten gewährleisten zu können.

Ich möchte mit einem Zitat abschließen: „*Der beste Kriegsherr gewinnt ohne Krieg.*“

Christian DAVIOT

Ich möchte darauf hinweisen, dass in unserem französischen Modell die offensiven und die defensiven Fähigkeiten strikt getrennt sind. Die ANSSI hat daher nur eine defensive Rolle.

Bernard BENHAMOU

Welche Sicht vertritt Deutschland?

Till STEFFEN

Es wurden viele relevante Elemente genannt. Ich möchte einen wichtigen Punkt für Europa ansprechen. Da die Mitgliedstaaten auf demokratischen Systemen beruhen, sind sie auf das Vertrauen ihrer Bürger angewiesen. Allerdings versuchen Desinformationskampagnen aus dem Ausland unsere Staaten zu destabilisieren. So sollen beispielsweise Bots, die in Foren oder sozialen Netzwerken gefälschte Konten erstellen, die Menschen glauben machen, dass bestimmte Meinungen geäußert werden. Wir müssen uns dessen bewusstwerden, denn diese Situationen sind für unsere Demokratien sehr gefährlich. In Deutschland haben wir mehrere solcher Aktionen aus Russland festgestellt. Es ist absolut notwendig, sich vor diesen Phänomenen zu schützen.

Angesichts dieser Risiken bleiben unsere demokratischen Debatten jedoch allzu oft aufgrund Sprachbarrieren auf den nationalen Bereich beschränkt. Das Risiko dieser Abschottung besteht darin, dass nur ein Teil der Debatten in den Nachbarstaaten wahrgenommen wird. Dies öffnet Tür und Tor für diejenigen, die böswillige Absichten gegenüber uns haben.

Alle hier genannten Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn ein demokratischer Ansatz besteht. Wir müssen den Dialog zwischen uns stärken und Sensibilisierungskampagnen bei den Bürgern durchführen.

Darüber hinaus müssen wir über unsere Fähigkeit nachdenken, auf diese besonders gezielten Kampagnen zu reagieren, die der Ausgangspunkt vieler öffentlicher Debatten sind. Um diese Situationen abzuwehren muss sich die Europäische Kommission mit geeigneten Werkzeugen ausstatten.

Bernard BENHAMOU

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, dass Facebook allein im ersten Quartal 2018 583 Millionen gefälschte Konten, also ein Viertel aller aktiven Konten gelöscht hat. Tatsächlich wurden diese gefälschten Konten benutzt, um die Meinung zu beeinflussen. In dieser Größenordnung kann nicht mehr von Handarbeit die Rede sein, sondern von einer echten Manipulationsindustrie. Wie steht Polen dazu?

Lukasz MIKOŁAJCZYK

Wenn wir über Cybersicherheit sprechen können wir nicht auf eine komplette Sicherheit hoffen. Es ist notwendig, entschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung von Angriffen zu ergreifen, was auch bedeutet, Rechtsvorschriften an das sich verändernde Umfeld anzupassen. Jeder Staat hängt natürlich von seiner eigenen Infrastruktur ab, aber auch von der internationalen Infrastruktur.

Wir bauen allmählich ein System zur Entwicklung unserer Reaktionsfähigkeiten auf, aber es findet ständig ein Rennen zwischen den Bedrohungen und den von uns bereitgestellten Lösungen statt. Bislang sind alle Wirtschaftssektoren sehr anfällig. Daher ist es notwendig, die Mittel zur Bekämpfung all dieser Bedrohungen auszubauen.

V) Europas wünschenswerte Vorgehensweise im 5G-Bereich

Bernard BENHAMOU

Wir werden auf einen Punkt eingehen, der viele Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China hervorgerufen hat. Es handelt sich um das Unternehmen Huawei, dem vorgeworfen wird, dass es in seine Produkte absichtlich Sicherheitslücken eingebaut hat. Wie müssen wir auf so eine Situation reagieren, vor allem da sich 5G derzeit in der Ausbauphase befindet?

Jean-Marie BOCKEL

Ich halte es für sinnvoll, dieses Thema im Rahmen dieser gemeinsamen Arbeit mit Deutschland und Polen anzusprechen. Ich war auf einer Sitzung der parlamentarischen Versammlung der NATO, wo ich einen Bericht über digitale Herausforderungen und Cyberabwehr vorgeführt habe. Das Unternehmen Huawei wurde auch erwähnt. Diese Frage ist nicht neu.

Ich selber hatte eine vorsichtige Haltung gegenüber diesem chinesischen Riesen; eine Haltung, die sich auf eine im Laufe der Jahre entwickelte französische Doktrin beruht. Diese Doktrin lädt zur Vorsicht und Wachsamkeit angesichts der Gefahr einiger Produkte, die sich als trojanisches Pferd erweisen können. Es ist daher notwendig, ein gutes Gleichgewicht zwischen einer rein naiven und einer übermäßig negativen Haltung zu finden. In diesem Zusammenhang sind wir davon ausgegangen, dass sich Huawei unter bestimmten Bedingungen entwickeln könnte. Großbritannien wiederum schloss sich der amerikanischen Position an, die Markteinführung ganz zu verbieten. Deutschland hat ebenfalls einen ausgewogenen Standpunkt eingenommen. Es scheint mir, das Gleiche gilt auch für Polen.

Wie soll Europa in diesem geopolitischen Umfeld, mit bestimmten Verboten konfrontiert, reagieren? Diese Frage wirft eine weitere auf: Um es wie Präsident Trump zu formulieren, wie sieht es am Ende mit dem „Deal“ aus? Im Rahmen der laufenden Handelsverhandlungen zwischen China und den Vereinigten Staaten wird ein *Deal* angekündigt. Wird Huawei Teil des *Deals* sein?

Ich weiß, dass die ANSSI sich die gleichen Fragen stellt. Sollen wir die Vision der Amerikaner folgen oder einen eigenen Ansatz entwickeln? Im zweiten Fall muss diese Frage natürlich auf europäischer Ebene angegangen werden. Allein gegen die Giganten Vereinigte Staaten und China können wir das nicht schaffen.

Bernard BENHAMOU

Es ist bei diesen sehr technischen Fragen wichtig, die Ansichten von Sicherheitsexperten einzuholen. Ich übergebe deshalb Christian Daviot das Wort.

Christian DAVIOT

Es wird in Frankreich derzeit ein Gesetz diskutiert. Ich stelle fest, dass die in Großbritannien, Deutschland und Frankreich vertretenen Standpunkte differenziert sind, weil sie sich nicht gegen einen bestimmten Hersteller richten.

Im Allgemeinen müssen wir bei der Ausrüstung wachsam bleiben. Durch die Snowden-Enthüllungen wurde ein amerikanischer Hersteller in Frage gestellt. Das zeigt auf deutliche Weise, dass wir keinem Industrieunternehmen blindes Vertrauen schenken dürfen.

Bernard BENHAMOU

Was ist Deutschlands Standpunkt zu diesem Thema?

Till STEFFEN

Meiner Meinung nach ist die Haltung der deutschen Regierung nicht stark genug. Sie bleibt vorsichtig, was zu einigen Diskrepanzen in ihrem Vorgehen führt. Wir haben uns deshalb entschieden, den Ausbau von 5G zu erlauben, solange wir nicht von Huawei-Produkten abhängig sind.

Ohne jedoch nur europäische Produkte in Europa zuzulassen sollten wir dennoch mit einer europäischen Alternative im Bereich der Infrastruktur aufwarten. Diese Alternative muss sich auf der gleichen Ebene wie das Airbus-Projekt befinden. Zur Erinnerung: Als Airbus gegründet wurde, gab es für Boeing auch dieses Monopolproblem.

Deshalb müssen wir diese Art von Maßnahmen unterstützen, natürlich mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen, aber auch mit der Zusammenarbeit zwischen europäischen und nationalen Agenturen.

Durch die Bündelung unserer Kräfte können wir uns mit geeigneten Waffen gegen diese Probleme ausstatten.

Bernard BENHAMOU

In diesem Zusammenhang haben Frankreich und Deutschland beschlossen, bei der Entwicklung einer europäischen Alternative zusammenzuarbeiten. Andernfalls wäre Europa weitaus verwundbarer. Was meint Polen dazu?

Łukasz MIKOŁAJCZYK

Das hier genannte Sicherheitsziel wird von Polen natürlich geteilt. Wir befinden uns derzeit in einer Beratungsphase mit Telekommunikationsanbietern, die für uns vollwertige Partner sind. Das Problem des 5G-Ausbaus muss vollständig angegangen werden, da im Endeffekt 5G alle Systeme steuern und die digitale Entwicklung beschleunigen wird.

Ich teile die Auffassung, dass die Antwort aus ganz Europa kommen muss.

Frederike KALTHEUNER

Diese Frage bezieht sich auf die US-amerikanische und chinesische Dominanz und erfordert in erster Linie die Festlegung der wünschenswerten Innovationen, anstatt sich auf Wettbewerbsfragen zu reduzieren.

Persönlich möchte ich diese Debatte auf die individuellen Rechte konzentrieren, da diese die ersten sind, die unter diesen Risiken zu leiden haben. Die Europäische Union muss sich bemühen, eine stärker auf Datenschutz orientierte Strategie zu entwickeln. Als solches darf sie sich nicht in Richtung der amerikanischen und chinesischen Modelle bewegen, die sich nur auf die Wettbewerbsaspekte beschränken.

VI) Europas offensive Fähigkeiten in potenziellen Cyberkriegen

Bernard BENHAMOU

Nun stellt sich die Frage nach einem möglichen Krieg auf Basis eines Angriffs auf unsere digitalen Infrastrukturen. In diesem Zusammenhang werden wir uns auf unsere offensiven Fähigkeiten konzentrieren. Tatsächlich wird die Verteidigung irgendwann zu einer unzureichenden Strategie, die durch offensive Aktionen ergänzt werden muss. Lassen Sie uns hören, was Olivier Cadic dazu zu sagen hat.

Olivier CADIC

Ich bin der Meinung, dass wir uns derzeit im Krieg befinden. Das ist traurig, aber wir müssen erkennen, dass sich die Zeiten geändert haben. Die letzte offizielle Kriegserklärung eines europäischen Staates erfolgte 1982 durch das Vereinigte Königreich gegen Argentinien. Dennoch testen die Russen jeden Tag unsere Verteidigungssysteme. Sie haben zum Beispiel versucht, unsere Kommunikationssysteme in der Marine zu stören.

China seinerseits hat sich zum Ziel erklärt, die Welt bis 2050 zu dominieren, und ist der Ansicht, dass unsere demokratischen Systeme veraltet seien. Auf der anderen Seite sehen die Amerikaner die Welt als ein wirtschaftlich zu dominierendes Gebiet.

Außer den Staaten gibt es auch kriminelle Organisationen und terroristische Gruppen, die den Ruf von Demokratien schädigen wollen. Manchmal sind die anvisierten Ziele lebenswichtig für uns, wie beim jüngsten Angriff auf unsere Wasserversorgungssysteme.

Eure Gegenwart ist unsere Vergangenheit. Wenn wir über Nachrichten diskutieren, dann sind sie schon überholt. So wurde diese Woche über Libra diskutiert, obwohl diese Währung ein seit Jahren von Facebook entwickeltes Projekt ist. Das zeigt, dass wir ständig zu spät kommen.

Angesichts dieser Herausforderungen ist der Aufbau von offensiven Fähigkeiten das Mindeste, was wir tun können. So kündigte der Verteidigungsminister zu Beginn des Jahres an, dass sich Frankreich mit offensiven Mitteln ausrüsten werde. Diese Techniken wurden bereits gegen die Terrororganisation Daesch eingesetzt.

Es wird aufs Herz unseres Systems gezielt. Ein Beispiel: Trolle, die sich gegen den Twitter-Account des Präsidenten der Republik richten. Dabei fordere ich seit Jahren die Einführung einer elektronischen Impfung, um gegen diese Art von Aktionen ankämpfen zu können.

Daher stehen wir vor Herausforderungen, die wir alleine nicht meistern können. Die einzige Lösung ist daher eine Union zwischen allen Mitgliedstaaten, dafür müssen zunächst Prioritäten definiert werden.

Bernard BENHAMOU

Es handelt sich in der Tat um ein heikles Thema. Was ist die deutsche Meinung zu diesen Themen?

Till STEFFEN

Was beschrieben wurde, ist korrekt. Wir sind mit viel gefährlicheren Situationen konfrontiert als in traditionellen Kriegen. In meiner Jugend in Frankfurt wurden wir durch mehrere Szenarien auf einen möglichen Angriff russischer Panzer vorbereitet.

Heutzutage dürften Bedrohungen durch einen Internetangriff potenziell weitaus größere Schäden verursachen. Das beweist z.B. der Angriff auf das Wasserversorgungssystem.

Darüber hinaus kann die Bedrohung von einer kriminellen Organisation, einer terroristischen Gruppe oder von einer isolierten Person ausgehen. Ich bleibe jedoch vorsichtig, wenn wir über die Strategie eines Gegenangriffs sprechen. Es ist sicherlich möglich, die Millionen täglicher Angriffe abzuwehren, aber wie identifizieren wir bei einem Gegenangriff das Ziel? Wie kann man sich sicher sein, das richtige Ziel zu treffen? Es gibt nämlich immer einen Zweifel zu dem Ursprung des Angriffs, somit muss auf das Risiko eines gefährlichen Dominoeffekts geachtet werden.

Olivier CADIC

Der Vorteil, sich mit offensiven Fähigkeiten auszustatten besteht darin, dass sich die Gegenseite bedroht fühlt. Wenn wir uns zudem auf ein rein defensives System beschränken setzen wir uns der Gefahr aus, dass es nicht mehr funktioniert.

Huawei's Beispiel spricht für sich: Wir haben die Vermarktung der Produkte akzeptiert, doch das Gegenteil ist in China nicht der Fall. Meiner Meinung nach ist diese Haltung selbstmörderisch und zeigt, dass das chinesische Modell problematisch ist. Ich stelle die Frage in den Raum: Wann werden wir uns entscheiden, unser Verhalten zu ändern?

Jean-Marie BOCKEL

Die offensiven Fähigkeiten Frankreichs sind noch neu. Die wesentliche Entwicklung besteht darin, dass es jetzt eine Einsatzdoktrin gibt. Damals hatte ich mich im Vertraulichen über die offensiven Systeme informiert. Während mir die Vertraulichkeit dieser Techniken nicht problematisch erschien, war ich über das Fehlen einer Einsatzdoktrin überrascht.

Darüber hinaus zeigen diese Techniken nur dann ihre abschreckende Wirkung, wenn sie von effektiven Aktionen begleitet werden. Ich freue mich, dass wir von „machen ohne mitzuteilen“ zu „machen und Farbe bekennen“ gewechselt sind.

Bleibt die Frage der Ebene dieser offensiven Systeme. Meiner Meinung nach bietet sich dieser Bereich mehr für die bilaterale Zusammenarbeit als für ein breiter angelegtes System an. Je mehr Staaten sich an dieser Art von Maßnahmen beteiligen, desto anfälliger werden sie.

Die Verteidigungspolitik wird daher in erster Linie allen Beteiligten zu größerer Stärke verhelfen. Dies bedeutet, die nationale Souveränität mit einer gemeinsamen Aktion zu verknüpfen.

Bernard BENHAMOU

Wie werden diese Themen von Polen behandelt?

Łukasz MIKOŁAJCZYK

Dies ist in der Tat ein heikles Thema, und Polen behandelt es als solches. Ich stimme den vorangegangenen Äußerungen voll und ganz zu. Wir müssen auf nationaler und internationaler Ebene gemeinsam handeln. Darüber hinaus müssen die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen den Internetplattformen und dem Sozialbereich geschaffen werden. Dazu gehört der Aufbau von öffentlich-privaten Partnerschaften, mit der jedwede Desinformationskampagne entgegenwirkt werden kann. Dies wird letztendlich die Sicherheit verbessern.

VII) Die Rolle der Europäischen Union im Bereich der Cybersicherheit

Bernard BENHAMOU

Wir werden nun mit dem letzten Teil dieses ersten runden Tisches anfangen. Welche Rolle könnte die Europäische Union bei der Cybersicherheit spielen? Über diese Frage wird viel diskutiert. Was ist Ihr Standpunkt dazu, Philippe Bonnacarrère?

Philippe BONNECARRERE

Wir alle hoffen, dass die Europäische Union ihre Rolle in diesem Bereich voll und ganz übernehmen kann. Tatsächlich ist die Bedrohung nicht territorial begrenzt. Unsere Staaten sind alle durchlässig und voneinander abhängig. Es wäre daher wirkungslos, dieses Thema ausschließlich auf nationaler Ebene zu behandeln.

Wir haben einige Rechtsvorschriften, wie z.B. die DSGVO. Außerdem hat die Europäische Union eine Agentur ins Leben gerufen, deren Rolle sich allmählich weiterentwickelt: die ENISA.

Dennoch muss die Europäische Union ihr Handeln auf kultureller Ebene durch die Einführung von Sicherheitsautomatismen unter den Bürgern weiterentwickeln. Es ist notwendig, geeignete Reaktionen auf digitale Risiken zu finden.

Ich bin der Meinung, dass unser Kampf sich in diesem Bereich von einer rein juristischen zu einer globalen Antwort entwickeln muss. Natürlich braucht diese Entwicklung Zeit.

Bernard BENHAMOU

Welchen Standpunkt vertritt Deutschland in diesem Bereich? Was sind die Empfehlungen?

Till STEFFEN

Bei meiner Herangehensweise versuche ich immer die europäische Dimension miteinzubeziehen. Diese Frage geht uns als politische Entscheidungsträger alle an. Es ist wichtig, unsere politischen Differenzen zu überwinden, anstatt sie zu verschärfen. Gemeinsam und nicht gegeneinander können wir uns diesen neuen Herausforderungen stellen.

Dieser gemeinsame Ansatz muss auch für die Regulierung gelten. Im Rahmen der DSGVO bremste Deutschland Frankreich bei der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden aus. Diese Art von Verhalten muss bekämpft werden. Wir alle müssen Anstrengungen unternehmen, auf die Gefahr hin, diese Probleme nicht lösen zu können.

Bernard BENHAMOU

Vielen Dank für Ihre Offenheit. Ein letztes Wort von Łukasz Mikołajczyk über die europäische Aktion.

Łukasz MIKOŁAJCZYK

Da die Europäische Union über ein enormes technisches, wissenschaftliches und menschliches Potenzial verfügt, ist es unerlässlich, dieses auch zu nutzen. Alles, was gesagt wurde ist richtig, wir müssen in diesen Fragen auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Dazu ist es notwendig, einen Konsens zu suchen, der es ermöglicht, gemeinsame Lösungen in der Europäischen Union zu finden. Auch die unternehmerischen Maßnahmen müssen intensiviert werden und eine europäische Dimension erhalten.



Künstliche Intelligenz: Was sind die ethischen, industriellen und politischen Herausforderungen?

Runder Tisch moderiert von Bernard BENHAMOU, Generalsekretär des Instituts für digitale Souveränität.

In Anwesenheit von:

André GATTOLIN, Senator des Départements Hauts-de-Seine, Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Verfasser eines Informationsberichts über „eine europäische Strategie für künstliche Intelligenz“.

Herr Gérard LONGUET, Senator des Départements Meuse, ehemaliger Minister, Präsident des parlamentarischen Amtes zur Bewertung von wissenschaftlichen und technologischen Optionen, Berichterstatter des Untersuchungsausschusses des Senats über die digitale Souveränität.

Herr Konstanty RADZIWIŁŁ, Senator, ehemaliger Minister, polnischer Senat

Herr Till STEFFEN, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundesrates, Deutschland

Herr Anthony COLOMBANI, Französischer Telekomverband

Herr Wojciech ORLIŃSKI, polnischer Journalist

1) Die Notwendigkeit, eine für Europa spezifische ethische Strategie festzulegen.

Bernard BENHAMOU

Leider muss gesagt werden, dass Europa derzeit nicht den Platz einnimmt, den es bei der künstlichen Intelligenz einnehmen sollte. Einige von Ihnen konnten übrigens an diesen Fragen arbeiten.

Solange unsere besten europäischen Köpfe für amerikanische oder chinesische Unternehmen arbeiten gibt es keinen Grund zu Feiern. Diese Frage ist für die öffentliche Meinung ebenso relevant. Schließlich wird die künstliche Intelligenz in allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen eine Rolle spielen, deshalb muss sie in den Mittelpunkt unseres politischen Denkens rücken.

Wir beginnen mit André Gattolin. Was halten Sie von den öffentlichen Aktionen und Maßnahmen in diesem Bereich? Wie weit sollen sie gehen? Es fanden mehrere Debatten zum Thema Bioethik statt. Sollte das Gleiche für die künstliche Intelligenz getan werden?

André GATTOLIN

Ja, das denke ich. Die Arbeit von Cédric Villani betont, wie wichtig es ist, eine Ethik im Bereich der künstlichen Intelligenz festzulegen. Das halte ich ebenfalls für wesentlich. Die Europäische Kommission hat damit begonnen, ihren Zeitplan zu diesem Thema umzusetzen, um die besondere Vision Europas in dieser Hinsicht widerzuspiegeln und mit unserem demokratischen Modell in Einklang zu bringen.

Wir Europäer haben eine rechtliche Theorie, die auf den philosophischen und politischen Aufbau dieses Kontinents basiert. Dies führt eine besondere Aufmerksamkeit herbei sowohl für die Achtung der individuellen Freiheiten als auch für die Rechte der Völker und Nationen. In diesem Zusammenhang muss die Welt der künstlichen Intelligenz in der Lage sein, die Achtung all dieser Freiheiten zu garantieren.

Dennoch bin ich der Meinung, dass wir keine zu restriktiven Rechtsvorschriften einführen sollten, die die Entwicklung der künstlichen Intelligenz im wirtschaftlichen Bereich einschränken würden. Unser Ansatz muss daher ausgewogen sein.

II) Förderung einer demokratischen Debatte über die künstliche Intelligenz

Bernard BENHAMOU

Wir erleben einen signifikanten Einsatz von intelligenten persönlichen Assistenten, die neue Risiken für ihre Nutzer mit sich bringen. Bis jetzt sind 20% der Amerikaner mit ihnen ausgestattet. Was halten Sie in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer demokratischen Debatte? Wäre eine Debatte nützlich?

Till STEFFEN

Auf jeden Fall. Wir brauchen eine öffentliche Debatte. Ich sehe im Moment ein großes Durcheinander in der Öffentlichkeit, was mir sehr riskant erscheint. In meiner Partei gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich mit Computerprogrammen beschäftigt. Einer der Experten stellte fest, dass der Begriff „künstliche Intelligenz“ den Begriff „Software“ ersetzt hat. Die Falle würde daraus bestehen, jede komplexe Software als künstliche Intelligenz zu bezeichnen und Schlüsselwörter in der öffentlichen Debatte zu verwenden, die für bestimmte Situationen ungeeignet sind. Niemand scheint mehr zu verstehen, um was es sich handelt.

Darüber hinaus müssen wir unserer Verantwortung in Bezug auf die in den Markt eingeführten Produkte gerecht werden. Mehr Transparenz ist auch bei den Dienstleistungen dieser neuen Werkzeuge erforderlich.

Schließlich stelle ich fest, dass die Debatten über den Rechtsrahmen einerseits und die Ethik andererseits klar voneinander getrennt sein müssen. Bislang hat jedoch nur die Debatte über die Regulierung stattgefunden, was ich sehr bedaure.

Bernard BENHAMOU

Welche Verbesserungsmöglichkeiten gibt es hier in diesem Bereich? Herr Minister, was meinen Sie dazu?

Gérard LONGUET

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass das französische Parlament durchaus in der Lage ist, sich über das Thema einen Überblick zu verschaffen, was es auch immer wieder beweisen konnte, wenn sowohl der Senat als auch die Nationalversammlung es gewünscht haben.

Wir müssen einen Mittelweg zwischen diesen beiden übertriebenen Positionen finden, eine Situation, in der wie allzu oft geraten: einerseits die künstliche Intelligenz als Mittel zur Autonomieenteignung des Menschen zu betrachten; andererseits ihre Bedeutung kleinreden und sie als einfaches System zu bezeichnen. Einerseits handelt es sich um ein apokalyptisches Szenario, andererseits wird die künstliche Intelligenz banalisiert. Wir müssen daher das richtige Gleichgewicht zwischen diesen beiden Wegen finden.

Ich habe die deutsche Demokratie, die auf den Prinzipien der Dezentralisierung und des Verhältniswahlsystems basiert, immer sehr geschätzt. In Frankreich sind uns diese beiden Prinzipien völlig fremd. Leider verleitet das die Bürger bei der Teilnahme an der öffentlichen Debatte zur Aufgabe ihrer individuellen Verantwortung. Nach und nach drehen sich die öffentlichen Diskussionen nur noch um den Namen des nächsten Politikers.

Die Debatten über die künstliche Intelligenz sind jedoch in der politischen und parteipolitischen Sphäre verstummt, nicht, weil sie so komplex sind, sondern weil erwartet wird, dass es an der Exekutive liegt, eine Entscheidung zu treffen.

Bernard BENHAMOU

Vielleicht könnten Systeme der künstlichen Intelligenz die Debatten aufgrund neuer Beeinflussungsmöglichkeiten von Populationen verändern.

Gérard LONGUET

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung machen: Die Analyse der Wähler ist nicht neu. Innovativ ist die Möglichkeit, detailliertere Informationen zu liefern.

Bernard BENHAMOU

Wie steht Polen zu diesem Thema?

Konstanty RADZIWIŁŁ

Diese Debatte ist spannend, doch weitaus komplexer als die des ersten runden Tisches. Sie hält nämlich zentrale Fragen für unsere Zukunft bereit, die mit viel Pädagogik angegangen werden müssen. Die öffentliche Meinung denkt oft an Roboter, die sich gegen den Menschen wenden und unkontrollierbar werden.

Diese karikierte Darstellung muss bekämpft werden. Dieses Instrument, die künstliche Intelligenz, muss besser verstanden werden. Natürlich müssen wir unsere Gesellschaften vor bestimmten Formen der künstlichen Intelligenz warnen, damit die Bürger auf bestimmte Risiken aufmerksam gemacht werden.

Allerdings kann uns die künstliche Intelligenz unglaubliche Vorteile bieten, vor allem im Gesundheitsbereich. Gleiches gilt für autonome Autos oder das Stadtmanagement. Diese Werkzeuge sollten jedoch nicht als gewöhnliche Produkte betrachtet werden. Die Europäische Union versucht einen Rahmen in der Produkthaftungsrichtlinie festzulegen, aber das ist erst der Anfang.

In böswilligen Händen kann dieses Werkzeug als Waffe benutzt werden, sowohl als individuelle als auch als Massenvernichtungswaffe. Dieses Werkzeug muss also mit größter Vorsicht behandelt werden, so wie wir es mit einigen sensiblen Bereichen tun, wie z.B. in der Atomindustrie.

III) Die Aussicht auf eine ethische Definition speziell für Europa

Bernard BENHAMOU

Es geht weiter mit den ethischen Fragen. Was könnte Europa tun, um seinen eigenen Weg zu gestalten? In diesem Zusammenhang könnte Anthony Colombani uns aufklären, da er im Telekommunikationssektor tätig ist.

Anthony COLOMBANI

Was die Notwendigkeit betrifft, einen Zwischenweg zu wählen, so kann und sollte Europa dies tun. Europa hat bereits damit begonnen, ausgezeichnete Leitlinien zu diesem Thema zu erarbeiten, wie z.B. die Verordnungen zum Verbot autonomer tödlicher Waffen. Es muss gesagt werden, die Regelung bezüglich Privatsphäre wird den Fortschritt limitieren.

Dennoch müssen wir die Ethik als Bedingung und nicht als Barriere für die soziale Akzeptanz von künstlicher Intelligenz verstehen. Andernfalls wird es nicht funktionieren. Denn wenn die Bevölkerung merkt, dass die künstliche Intelligenz die Privatsphäre verletzt, wird sie sich ihr widersetzen. Ein ethischer Rahmen ist daher für die Entwicklung dieser Branche absolut notwendig. Wir befinden uns vor einer zivilisatorischen Herausforderung. Zudem sind philosophische Fragen integraler Bestandteil der Forschung, die derzeit von sehr hochqualifizierten Entwicklern durchgeführt wird.

Bernard BENHAMOU

Kommen wir nun zur deutschen Auffassung bezüglich dieses Themas.

Leonie BEINING

Ich stimme ebenfalls mit der Richtung, in die sich die Europäische Union bewegt, überein. Wir müssen bedenken, dass die Technologien globalisiert sind. Daher verfolgen andere Länder ihre eigenen Vorgehensweisen, und Europa muss seine eigene verfolgen. Es muss aber insbesondere entschieden werden, wie die Normen in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollen.

Ich möchte den Fall China erwähnen, wo es offiziell Datenschutzregelungen gibt. Doch in Wirklichkeit wissen wir alle, dass sie nicht angewendet werden.

Bernard BENHAMOU

Kommen wir nun zur polnischen Auffassung im Bezug zu den ethischen Herausforderungen der künstlichen Intelligenz.

Wojciech ORLIŃSKI

Diese Konferenz ist sehr interessant. Sie belegt einen gewissen Konsens über die Notwendigkeit einer Regulierung. Bis vor kurzem wurde diese Auffassung von der polnischen Öffentlichkeit nicht geteilt. Und es scheint mir, dass die nachfolgenden Generationen diese Haltung der Bevölkerung als großen Fehler betrachten werden.

Dies zeigt, inwieweit es Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Regelungen gibt. Dies ist sogar ein Argument für einige ausländische Staaten, die diese Schwäche Europas in den Vordergrund stellen.

Meiner Meinung nach müssen wir uns in drei Richtungen bewegen. Zunächst müssen wir feststellen können, ob wir es mit einem Menschen oder einem Roboter zu tun haben. Im zweiten Falle sollten wir beachten, dass es sich dabei nicht immer um böswillige Handlungen geht. Anschließend darf der Einsatz von künstlicher Intelligenz den Nutzer nicht von seiner Verantwortung befreien. Schließlich muss Transparenz bei Algorithmen die Regel sein.

Darüber hinaus müssen wir immer in der Lage sein, Rechtsmittel einzulegen. Das unterscheidet ein demokratisches von einem totalitären Regime. Aktuell haben wir das Gefühl, dass die Internetwelt sich dieser Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen, entzieht. Das muss sich verändern.

IV) Die Transparenzfrage angesichts der Algorithmenhersteller

Bernard BENHAMOU

Die Frage der Transparenz wurde vielfach gestellt, insbesondere bei Facebook. Wie z.B. die Folgen der Änderungen in den Algorithmen von Facebook und deren Auswirkungen auf die Anzahl der Personen, die sich über die „Gelbwestenbewegung“ ausgetauscht haben. Ist es an der Zeit, den großen Plattformen Transparenz in Bezug auf ihre Algorithmen aufzuzwingen? Herr Minister, wie stehen Sie zu diesen Fragen?

Gérard LONGUET

Ehrlich gesagt sind wir nicht reif genug, um das Gleichgewicht zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und dem Datenschutz zu definieren. Die möglichen Abweichungen von Algorithmen, insbesondere im Gesundheitswesen, rücken dieses Thema jedoch in den Mittelpunkt der Debatten.

Es stimmt, die künstliche Intelligenz ist ein fantastischer Vorteil für den Gesundheitsbereich, da sie es ermöglicht, Daten auf ganz neue Weise zu erstellen und zu verarbeiten. Wir könnten

jedoch zu einem System gelangen, das sich gegen das allgemeine Interesse richtet und negative Auswirkungen sowohl auf die medizinische Forschung als auch auf das Wohlergehen der Patienten hätte.

Dieses Risiko werde ich mit einem Beispiel aus der Zeit, als ich Minister für Post und Telekommunikation war, veranschaulichen: Die von mir erwähnten Missbräuche wären vergleichbar mit einem kostenlosen Postdienst, bei dem der Nutzer dem Postboten jedoch das Lesen der Post erlauben würde. Angesichts der Menge der gesammelten Daten sind die wirtschaftlichen Interessen enorm.

Im Moment ist unser Wissen über diese Themen eindeutig unzureichend. Die wirtschaftlichen Entwicklungen lassen viele Unternehmen nur noch die Wahl zwischen sich anpassen oder verschwinden. Auf jeden Fall scheinen mir die Debatten im Europäischen Parlament sehr interessant zu sein, da sie die Freiheit gegenüber der Regulierung bevorzugen.

Bernard BENHAMOU

Was meinen Sie, sollen wir den großen Plattformen Transparenz in Bezug auf ihre Algorithmen aufzwingen, wie nach deutscher Auffassung?

Till STEFFEN

Bisher haben sich die Europäische Union und alle ihre Mitgliedstaaten zu sehr auf die Einführung ungeeigneter Normen beschränkt. Facebook muss, genau wie andere Unternehmen, dem Kartellrecht unterliegen. Deshalb müssen wir ernsthaft über die Umsetzung der von Ihnen erwähnten Kontrollen nachdenken. Dieser Wirtschaftsraum muss uns genauso einbeziehen wie die anderen.

Bernard BENHAMOU

Wie positioniert sich Polen in dieser Frage?

Konstanty RADZIWIŁŁ

Um diesen Markt zu regulieren haben wir, glaube ich, den Fehler gemacht, der unsichtbaren Hand zu vertrauen. Dieser Glaube mag von mehreren Branchen gefördert worden sein.

So könnten beispielsweise im Gesundheitswesen prädiktive Systeme verheerend sein, wenn sie von Versicherern oder Arbeitgebern genutzt werden.

Was Facebook betrifft so glaube ich mich zu erinnern, dass eine Vertreterin dieses Unternehmens bei unserer Konferenz in Berlin anwesend war. Als sie ihr Unternehmen als Werbeunternehmen bezeichnete, reagierte der ganze Saal. Und nun kündigt das gleiche Unternehmen die Einführung einer Kryptowährung an. Was sind die wahren Absichten des Unternehmens? Ist dies eine Möglichkeit, noch mehr Daten zu sammeln?

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel nennen, der von Lidl vermarktete Haushaltsroboter. Einige Benutzer haben im Roboter ein Mikrofon entdeckt. Die nach dem Bekanntwerden der Information gestartete Untersuchung konnte das vorhandene Mikrofon immer noch nicht erklären. Einige haben vermutet, dass das Mikrofon für eine zukünftige vernetzte Version des Roboters verbaut wurde.

Diese konkreten Fälle zeigen uns, dass unsere Gegner zahlreich sind und dass wir unsere volle Aufmerksamkeit auf sie richten müssen. Der Markt wird sich nicht selbst regulieren können. Zum Falle Chinas fällt mir eine Anekdote ein. Zur Zeit des totalitären Regimes in Polen haben wir gefragt, worin der Unterschied zwischen einer Demokratie und einer sozialistischen Demokratie besteht. Die Antwort war diese: Der Unterschied ist der gleiche, wie zwischen einem Stuhl und einem elektrischen Stuhl.

In Wirklichkeit ist diese Situation dramatisch. Übrigens ist Russland die große Abwesende bei unseren Debatten. Manchmal kommt die größte Bedrohung nicht von den Ländern, die die Technologie herstellen, sondern von denen, die sie missbrauchen.

Bernard BENHAMOU

Im Falle dieses Haushaltsroboters war auch der französische Markt betroffen, da er in allen europäischen Ländern vertrieben wurde.

Leonie BEINING

Ich halte es für notwendig, bei der Transparenzfrage zu differenzieren. Ohne den Quellcode unbedingt zu kennen sollte der Bürger jedoch wissen können, dass eine Entscheidung durch einen Algorithmus getroffen wurde. Ebenso wäre es wichtig, über die im Entscheidungsprozess verwendeten Kriterien informiert zu werden.

V) Europas Schwachstellen bei der künstlichen Intelligenz

Bernard BENHAMOU

Wir haben viel über China und die Vereinigten Staaten gesprochen. Befassen wir uns aber wieder mit Europa und seinen Schwächen. Wir erleben eine Abwanderung vieler talentierter Menschen, die in ausländischen Unternehmen angestellt werden. Wie könnte diese missliche Situation behoben werden? Was können Sie zu dieser Situation sagen, André Gattolin?

André GATTOLIN

Die französische mathematische Schule ist in der Tat im Bereich der künstlichen Intelligenz anerkannt. Tariq Krim hatte zu diesem Thema einen ausgezeichneten Bericht vorgelegt. Die von ihm gezogenen Schlussfolgerungen haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Der Bericht zeigte, wie die besten französischen Köpfe nach Kalifornien abwandern. Vor einigen Jahren hat eine frühere Regierung diesen Trend noch verschärft, indem sie ein Hilfesystem auf das 2,5-Fache des Mindestlohns (SMIC) begrenzt hat, was die Reaktionsfähigkeit der französischen Unternehmen auf diesen Trend beschränkte.

Bernard BENHAMOU

Dies wirft Fragen nach den kartellrechtlich zu ergreifenden Maßnahmen auf.

André GATTOLIN

Auf jeden Fall. Ich möchte das Unternehmen Skype erwähnen, das von einem anderen Unternehmen aufgekauft wurde und daran jetzt langsam zerbricht, da das andere Unternehmen sein eigenes internes Nachrichtensystem bevorzugt.

Wir müssen auch andere Vorschläge im Bereich der Innovation erarbeiten. Dennoch bleiben mit unseren Fähigkeiten ganze Bereiche ungenutzt. So könnten beispielsweise im Agrarsektor Entwicklungen in Richtung „Smart Farming“-Systeme gehen. Das Gleiche gilt für die Bewirtschaftung der Fischereiressourcen. Lassen Sie uns kreativ sein, und nicht das existierende kopieren.

Die Frage der Gewinnbesteuerung digitaler Unternehmen steht im Mittelpunkt der laufenden G20 Debatten. Die Amerikaner sind der Besteuerung gegenüber nicht feindselig, fordern aber, dass sie für alle Unternehmen gilt.

Bernard BENHAMOU

Welche anderen Werkzeuge würden eine Entwicklung in diesen Bereichen vorantreiben? Was meinen Sie, Leonie Beining?

Leonie BEINING

Die Frage muss aus industriepolitischer Sicht gestellt werden. Talent, Material und Daten sind die drei Bestandteile der künstlichen Intelligenz. Als solche verdienen sie mehr Investitionen. Wir müssen daher Europa zu einer größeren Zusammenarbeit drängen, damit neue Ideen entstehen können.

Ich lehne einen rein pessimistischen Ansatz der Situation, der sich nur auf die Rückständigkeit Europas konzentriert, ab. Wir müssen eine andere Vision entwickeln, einen dritten Weg. Darüber hinaus können wir stolz auf die erzielten Ergebnisse sein, wie z.B. auf die DSGVO, die ein echter Erfolg ist.

Wir bewegen uns langsam, aber das ist der Preis einer echten Überlegung. Die Fragen müssen auch zukunftsweisend sein. So zeigt eine Studie die katastrophale Ökobilanz der künstlichen Intelligenz. Wir müssen uns mehr auf diese Fragen konzentrieren.

Bernard BENHAMOU

Wie beurteilt Polen Europas Widerstandsfähigkeit?

Wojciech ORLIŃSKI

Als Journalist ist mein Wort völlig frei. Ich bin polnischer Staatsbürger, und als solcher überraschen mich diese Debatten. Als Polen der Europäischen Union beitrug, hatten wir den Eindruck, dass die westlichen Mitgliedstaaten Antworten auf alle Fragen hatten. Nun, da wir selbst zu diesen Themen befragt werden, haben wir einen seltsamen Eindruck.

Um einige Probleme zu lösen hat sich Europa relativ Zeit gelassen: Sieben Jahre hat es für die Erstellung der DSGVO und den Abschluss des Google-Prozesses gedauert. Diese Verfahren waren jedoch erfolgreich. Obwohl die Verfahren in den Vereinigten Staaten schneller zu sein scheinen, gibt es dort weder eine DSGVO noch eine Google-Verurteilung. Daher scheint mir Europas dritter Weg zielführend zu sein.

Die Kommentare von Till Steffen sind sehr relevant. Wir müssen in diesen Bereichen einen europäischen Champion hervorbringen, wie es z.B. Airbus in seinem Bereich ist.

Was konkret ist künstliche Intelligenz? Rechenfähigkeiten und Datenmengen. Die vier GAFA-Unternehmen besitzen beides. Kein anderes Unternehmen kann das von sich behaupten. Es mangelt nicht an Entwicklungsperspektiven, und Europa muss sich voll und ganz daran beteiligen.

Bernard BENHAMOU

Wir sind uns bewusst, dass der Umgang mit der Umwelt Teil dieses Prozesses sein könnte.

Anthony COLOMBANI

Aus unseren Debatten ergibt sich eine positive Haltung, da sie den Willen, voranzukommen, beweist. Ich möchte darauf hinweisen, dass es die künstliche Intelligenz nicht nur in den Vereinigten Staaten und China gibt. Es gibt viele Beispiele davon in Europa.

Bernard BENHAMOU

Der Verbraucheranteil befindet sich jedoch hauptsächlich in den Vereinigten Staaten.

Anthony COLOMBANI

Ja, aber unsere Sichtweise auf das Thema muss global sein. Meiner Meinung nach müssen wir eine gewisse regulatorische Entlastung in Betracht ziehen und die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz besser antizipieren.

VI) Die Umsetzung einer Talentförderungs politik

Bernard BENHAMOU

Wir erleben ein Phänomen des Talentenschwundes. Europa ist zu einem Einkaufszentrum für die Rekrutierung unserer besten Köpfe geworden. Manchmal werden die Gehälter verfünffacht, sogar verzehnfacht, und die Forscher am CNRS wollen wir gar nicht erst erwähnen. Wie können wir dieses Phänomen eindämmen? Wie könnte man diesen Trend umkehren, André Gattolin?

André GATTOLIN

Das ist in der Tat ein Problem. In der Vergangenheit hat uns unsere liberale Vision daran gehindert, unseren Unternehmen zu helfen. Anschließend haben wir verschiedene horizontale Systeme wie z.B. Steuergutschriften implementiert. Ich glaube, dass ein vertikales System notwendig ist. Das Beispiel von Google spricht für sich: Dieses Unternehmen konnte durch die Integration mit der Verteidigungsbehörde groß werden. Darüber hinaus muss die Europäische Union eine Industriepolitik einführen.

Dies würde die Schaffung eines Europäischen Innovationsrates erfordern. Um den Trend umzukehren muss unser aktuelles Modell daher radikal verändert werden.

Fragen aus dem Plenum

Bernard BENHAMOU

Wir werden nun Fragen aus dem Plenum beantworten.

Aus dem Plenum

Ich würde gerne mehr über den Begriff „Blockchain“ erfahren.

Diese Debatten sind sehr interessant, und ich habe sie mir gerne angehört. Die Entwicklung der künstlichen Intelligenz scheint jedoch Gebiete auszulassen, die geografisch schwieriger zugänglich sind, wie die Antillen.

Wojciech ORLIŃSKI

Dieses Thema ist sehr komplex, ich rede oft mit Studenten darüber. Blockchains können Entwicklungsansätze für ein Start-up sein. Diese werden in den einzelnen Staaten unterschiedlich behandelt. In diesem Bereich muss sich Europa positionieren.

Was die französischen Überseedepartements betrifft, so verstehe ich Ihr Gefühl der Isolation.

Bernard BENHAMOU

Ich möchte darauf hinweisen, dass alle unsere Debatten gefilmt werden. So können unsere Freunde aus den Überseedepartements das Video leicht auf der Website des Senats finden.

Anthony COLOMBANI

Persönlich möchte ich den Fall Korsika erwähnen, der dem der Antillen sehr ähnlich ist. Wir sollten uns von einigen Ländern inspirieren lassen, die auf ein sehr hohes Ausbildungsniveau in der digitalen Technologie gesetzt haben, wie beispielsweise Italien. Viele italienische Studenten werden nach dem Abschluss von den GAFA eingestellt.

Aus dem Plenum

Ich bin Rechtsanwalt auf dem Gebiet der neuen Technologien. Nachdem ich Ihnen zugehört habe, stelle ich den allgemeinen Wunsch fest, zu all diesen Fragen Gesetze zu

erlassen. Unsere Kanzlei beschäftigt sich jedoch mit langfristigen Projekten, bei denen es von entscheidender Bedeutung wäre, die zukünftigen regulatorischen Veränderungen zu kennen, um unsere Mandanten bestmöglich zu unterstützen. Haben Sie weitere Details bezüglich der Zeitplanung der Reformen?

Konstanty RADZIWIŁŁ

Ich kann mich nicht zur Situation in Frankreich äußern. Ich glaube, dass auf Gemeinschaftsebene der einzige Bereich in dem wir Gesetze erlassen haben, die Produkthaftung ist. Wir werden zwar an anderen Aspekten arbeiten, es ist aber unmöglich, einen Zeitplan zu veröffentlichen.

Abschluss: Was sind die Antworten der Europäischen Union?

Herr Jean BIZET

Senator des Département der Manche, Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Senats

Leider konnte der Präsident des Senats, Herr Gérard Larcher, aufgrund seiner Verpflichtungen nicht an dieser Konferenz teilnehmen. Er hat mich jedoch gebeten, Ihnen die folgende Nachricht mitzuteilen.

Meine Damen und Herren Präsidenten,

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Meine Damen und Herren,

Ich begrüße die Organisation dieser dritten „Weimarer Dreieck“-Konferenz und danke Ihnen für Ihre Anwesenheit im Palais du Luxembourg.

Mein besonderer Dank gilt unseren deutschen und polnischen Gästen, insbesondere Herrn Till Steffen, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundesrates und Herrn Łukasz Mikołajczyk und Herrn Konstanty Radziwiłł, Mitglieder des polnischen Senats, sowie meinen Senatorenkollegen für ihre Anwesenheit und aktive Teilnahme.

2016 haben wir gemeinsam mit dem Marschall des polnischen Senats, Herrn Stanislaw Karczewski, und dem damaligen Bundesratspräsidenten Stanislas Tillich die Idee gehabt, eine Reihe von drei Parlamentskonferenzen im Format „Weimarer Dreieck“ zu organisieren.

Die erste Konferenz fand am 4. Dezember 2017 in Warschau statt und widmete sich dem Kampf gegen Hassreden im Internet.

Die zweite Konferenz fand am 22. Oktober 2018 in Berlin statt und beschäftigte sich mit dem Kampf gegen gefälschte Nachrichten.

Diese dritte Konferenz, die in Paris stattfindet, ist daher die letzte und ermöglicht es uns, Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu erarbeiten.

Diese dritte Konferenz steht im Zeichen Europas und hat folgenden Titel: „Cybersicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz: Was sind die Herausforderungen für Europa?“

Wir sind nämlich der Ansicht, dass auf die Herausforderungen der Cybersicherheit und der künstlichen Intelligenz nur eine europäische Antwort diesen gewachsen ist.

Und in diesem Zusammenhang sind wir überzeugt, dass Frankreich, Deutschland und Polen eine nützliche Rolle als Impulsgeber für unsere europäischen Partner und die europäischen Institutionen übernehmen können.

Angesichts der Zunahme von Cyberangriffen in Verbindung mit Kriminalität, Spionage und Sabotage ist die Cybersicherheit ein wichtiges Thema für die nationale Sicherheit.

Seit den Berichten Romani und Bockel spielt der Senat in diesem Bereich eine Vorreiterrolle und fordert ein Bewusstsein für die Cybersicherheit und die dadurch hervorgerufenen Probleme, sowie eine Stärkung der Mittel zur Bekämpfung dieser Bedrohung.

Inbesondere der Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte hat bei der Prüfung der Loi de Programmation Militaire (mehrjähriges Verteidigungsfinanzierungsprogramm) sichergestellt, dass die Ressourcen der ANSSI gestärkt werden.

Der Senat ist dank seines Rechtsausschusses und seines Ausschusses für europäische Angelegenheiten auch ein wachsamer Hüter des Datenschutzes, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Mit dem Einzug der verbundenen Objekte wird der Datenschutz zweifellos zu einem wesentlichen Faktor für das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und individuellen Freiheiten werden.

Die Zunahme von Hassreden, Antisemitismus, Rassismus, Desinformation und Manipulation im Internet und in sozialen Netzwerken stellt auch eine Herausforderung für unsere Demokratien dar.

Seit den Fällen Snowden und Cambridge Analytica sind wir uns der Gefahren von Manipulation und Desinformation für die Grundfunktionen unserer Demokratien bewusst.

Der Senat hat sich intensiv mit der Frage der Anpassung unseres Rechts auf digitale Medien beschäftigt, insbesondere im Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Kultur, Bildung und Kommunikation, um ein besseres Gleichgewicht zwischen der Meinungsfreiheit im Internet und der Hassbekämpfung zu erreichen.

Die Nationalversammlung und der Senat werden in Kürze um ihre Stellungnahme zu einem von der deutschen Gesetzgebung inspirierten Gesetzentwurf gebeten, der darauf abzielt, die Plattformbetreiber stärker in die Verpflichtung zu nehmen und illegale Inhalte unter Drohung hoher Geldstrafen innerhalb von 24 Stunden zu entfernen.

Die künstliche Intelligenz wirft wesentliche demokratische, rechtliche, ethische und industrielle Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf die Transparenz von Algorithmen. Über das Parlamentarische Amt zur Beurteilung der wissenschaftlichen und technischen Entscheidungen will der Senat dieses Thema aufmerksam verfolgen und zu den Diskussionen über die Anpassung unseres Rechtsrahmens beitragen.

Ob Cybersicherheit oder künstliche Intelligenz, nur eine europaweite Antwort wäre den Herausforderungen gewachsen, wie die Arbeit des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Senats zeigt.

Außerdem richtete der Senat im vergangenen April auf Antrag der Republikaner einen Untersuchungsausschuss zum Thema digitale Souveränität ein. Dieser hat Anhörungen eingeleitet und wird voraussichtlich im September die Schlussfolgerungen vorlegen. Angesichts der amerikanischen oder chinesischen Riesen geht es darum zu verhindern, dass die Europäische Union zu einer „Kolonie der digitalen Welt“ wird, um den Titel eines Senats-Informationsberichts zu verwenden.

Bei all diesen Themen ist ein komparativer Ansatz zwischen Frankreich, Deutschland und Polen besonders sinnvoll. Ich denke dabei insbesondere an die Sicherheitsherausforderungen durch den Einsatz von 5G und die Notwendigkeit einer europäischen Koordinierung.

Unsere drei Länder können auch innerhalb der Europäischen Union eine nützliche Rolle innehalten, um gemeinsame Antworten auf diese Herausforderungen zu finden. Und ich bin überzeugt, dass die nationalen Parlamente, und insbesondere die Oberhäuser, dazu beitragen können.

Anlässlich der 20. Tagung der Versammlung der Europäischen Senate, die vom 13. bis 15. Juni in Paris stattfand, haben wir eine gemeinsame Erklärung mit dem Präsidenten des Bundesrates, Herrn Daniel Günther, und dem Marschall des polnischen Senats, Herrn Stanislaw Karczewski, unterzeichnet. In dieser Erklärung haben wir uns insbesondere geeinigt:

- den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren fortzusetzen,*
- den Dialog zwischen Parlamentariern, Experten, Fachleuten und Vertretern der Zivilgesellschaft fortzusetzen,*
- die Prüfung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Sensibilisierung der Gesellschaft für kybernetische Risiken, insbesondere für die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft.*

Heute haben wir nun den dritten Stein gelegt, aber das Gebäude ist noch lange nicht fertig. Wir müssen auch weiterhin daran arbeiten, den Weimarer Geist am Leben zu erhalten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich persönlich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit und Aufmerksamkeit sowie für die Qualität der Debatten.

Dokument von Ubiqus verfasst - Tel.: 01.44.14.15.16 – <http://www.ubiquis.fr> – infofrance@ubiquis.com

Paris, am Donnerstag, dem 20. Juni 2019